



STADT GENTHIN

DER BÜRGERMEISTER

Ortschaften: Tucheim - Parchen - Gladau – Mützel – Paplitz – Schoppsdorf - Fienerode

STADTVERWALTUNG GENTHIN • MARKTPLATZ 3 • 39307 GENTHIN

Bundeskanzler Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Fachbereich:	
Sachbearbeiter:	
Telefondurchwahl:	03933/876-
Telefonzentrale:	03933/876-0
Telefax:	03933/876-140
E-Mail:	stadtverwaltung@stadt-genthin.de
Aktenzeichen:	
Datum:	08.08.2023

Resolution des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Genthin

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz,

heute wenden wir uns mit einem sehr dringenden Appell an Sie!
Als Einheitsgemeinde im Osten von Sachsen-Anhalt, an der Landesgrenze zu Brandenburg gelegen, sind wir seit Jahren – neben den vielfältigen Pflichtaufgaben – natürlich auch von der Asyl- und Flüchtlingspolitik stark betroffen. Durch diese zusätzlichen Aufgaben sind wir in den vergangenen Monaten immer mehr an unsere Leistungsgrenzen gelangt.

Unsere Verwaltung hat seit Jahren und besonders auch in den letzten 15 Monaten seit Beginn des völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Überfalls Russlands auf die Ukraine versucht, alle gestellten Aufgaben den gesetzlichen Vorgaben entsprechend zu erfüllen. Grundlage sind auch für uns die verbindlichen Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951.

Viele Menschen, besonders auch Frauen mit Kindern und Familien, haben bei uns Obdach gefunden. Neben den Menschen, die vor dem Krieg in die Ukraine geflohen sind, hat sich auch die Zahl der Menschen, die über den Weg des politischen Asyls nach § 16a des Grundgesetzes in unser Land kommen, in einem weit über dem Krisenjahr 2015/16 liegendem Maße erhöht. Das Recht auf politisches Asyl wurde als Folge des 2. Weltkrieges und der deutschen Teilung im Grundgesetz festgeschrieben. Dass dies heute allumfassend für alle möglichen Migrationsgründe genutzt werden kann, war nach unserer Auffassung nicht zu erwarten und nicht gedacht.

Wir stellen auch fest, dass die Integration der seit der ersten Flüchtlingswelle zu uns gekommenen Menschen und deren Familiennachzug bis heute nicht abschließend erfolgreich gelungen ist.

In den Kitas und den Schulen fehlt es an ausreichend Lehr- und Betreuungspersonal. Die Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen hat sich, schon vorher nur eingeschränkt gegeben, noch weiter verschlechtert. Auch die gefühlte Innere Sicherheit ist aus Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger stärker gefährdet.

Die Kosten, die sich aus dem Asylbewerberleistungsgesetz und den einmaligen Regelungen für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ergeben, schlagen im letzten Jahr und in diesem Jahr mit immer höheren Ausgaben in den Haushalten der Kommunen nieder.

Bankverbindung:

Sparkasse MagdeBurg

Deutsche Bank AG

Volksbank Jerichower Land eG

IBAN DE70810532720711003920

IBAN DE13810700000263777500

IBAN DE59810632380002030500

BIC NOLADE21MDG

BIC DEUTDE8MXXX

BIC GENODEF1BRG

BLZ: 81053272

BLZ: 81070000

BLZ: 81063238

Kto.-Nr. 711003920

Kto.-Nr. 263777500

Kto.-Nr. 2030500

Die Akzeptanz in unserer Gemeinde, sowohl im politischen Bereich, als auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, für die von Ihrer Bundesregierung vertretene Asylpolitik nach dem Motto „weiter so“, ist stark schwindend.

Es ist für uns nicht einsehbar, warum Leistungen für Asylbewerber nicht in Sachleistungen erbracht werden. Es gibt dafür Beispiele aus anderen Staaten. Wir meinen, dass durch eine solche Maßnahme der Anreiz für ein Asylgesuch in Deutschland vermindert wird.

Die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels vom Mai 2023 müssen zwingend und zeitnah umgesetzt werden.

Diese sind insbesondere:

- Rückführung abgelehnter Asylbewerber (Rückführungsoffensive)
- Erweiterung sicherer Herkunftsländer um die Staaten Marokko, Tunesien, Algerien und Georgien
- Asylverfahren beschleunigen
- Sicherung der Außengrenzen (Frontex stärken, Grenzen sichern)

Weiterhin unterstützen wir die Forderung der Landesregierungen von Sachsen und Brandenburg nach stationären Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien. Darüber hinaus bitten wir Sie, darüber nachzudenken, sich dem Vorschlag von MP Michael Kretschmer anzuschließen: Er hat eine parteiunabhängige Kommission vorgeschlagen, die innerhalb von 6 Monaten Lösungsvorschläge erarbeiten soll.

Weiterhin fordern wir, finanzielle Unterstützungen für Staaten, die die Rücknahme von abgelehnten Asylbewerbern blockieren oder ablehnen, sofort einzustellen! Wir möchten Sie auch daran erinnern, dass Sie im Jahre 2018 einer Obergrenze für Asylanträge zugestimmt haben.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir sind uns der Verantwortung und der Aufgaben, die Sie täglich übernehmen, bewusst! Umso eindringlicher sehen wir es auch als unsere Aufgabe an, von der Verantwortung und den Herausforderungen auf unserer Ebene zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Günther
Bürgermeister

Gerd Mangelsdorf
Stadtratsvorsitzender